

Der globale Wirtschaftskrieg geht in die nächste Phase

Von Hermann Patzak

Seit Jahren ist die Wirtschaft in allen Erdteilen und Ländern zu einem globalen Kriegsschauplatz geworden. Der Monopolgrad steigt weltweit. Die Auseinandersetzungen werden härter. Die deutschen Medien berichten aber nur in den seltensten Fällen etwas von dem Krieg, obwohl gerade die deutsche Wirtschaft am härtesten getroffen wird. Es soll der Anschein gewahrt werden, daß die Globalisierung nur Gutes bewirkt: weltweiten Wohlstand, Frieden und Demokratie. Wenn nur genügend Menschen glauben, daß diese Vision Realität sei, dann können die Nutznießer dieses Betrugs um so ungehinderter ihre Vorteile daraus ziehen. Nur bei China und Rußland kann sich das imperiale Großkapital nicht mehr so sicher sein. Gegen beide Länder und ihre Volkswirtschaften werden wirtschaftspolitische Strafaktionen im Rahmen transatlantischer Bündnispolitik durchaus in Erwägung gezogen.¹

Deutschland ist ein zentraler Ort des globalen Wirtschaftskrieges, weil es trotz zweier verlorener Weltkriege wieder zu einer reichen Volkswirtschaft aufgestiegen war. Hier gibt es für globale Spekulanten eine Menge einzusacken. Und die deutschen Kapitalisten spielen mit! Sie investiert lieber im Ausland, weil sie glauben, dort höhere Renditen erzielen zu können. Das Wohlergehen der Deutschen, insbesondere auch der Menschen in Mitteldeutschland nach der Wiedervereinigung, lag den westdeutschen Managern weit weniger am Herzen als die Möglichkeit, im Ausland groß verdienen zu können. Das hat aber nur in wenigen Fällen funktioniert. Sehr oft haben sie sich bei diesen Abenteuern „blutige Nasen“ geholt und ihren Kapitaleinsatz jämmerlich verspielt.

Die ersten ganz großen und spektakulären Aktionen zur Enteignung deutschen Produktivvermögens waren die vom eigenen Vorstand (Jürgen Dormann) gezielt betriebene „Selbstauflösung“ der Höchst-AG im Jahr 1999 und die feindliche Übernahme der Mannesmann-AG durch Vodafone im Jahr 2000. Im Jahr 2005 machte die Überführung der Hypo-Vereinsbank in das Eigentum der italienischen Bank Unicredit von sich reden. Die Unicredit zahlte ganze 16 Mrd. Euro. Heute sind sich die Analysten einig darüber, daß die Italiener die Bank faktisch geschenkt bekamen, da allein die Hypo-Vereinsbank Tochtergesellschaft Bank Austria Creditanstalt (BA-CA) einen Wert von 14 Mrd. Euro hatte. Die Bayerische Staatsregierung, die einige Jahre zuvor die Übernahme durch die Deutsche Bank noch verhindert hatte, tat nichts dagegen. Verantwortlich für die Über-
eignung der Hypo Vereinsbank war der Vorstandssprecher Dieter Rampl. Er avancierte daraufhin zum Verwaltungsratsvorsitzenden von Unicredit. Nach der Übergabe des Eigentums entpuppte sich die angeblich marode Bank als Jungborn sprudelnder Gewinne. Sie hat in den ersten neun Monaten den Betriebsgewinn um 52 Prozent auf 1,785 Milliarden Euro gesteigert.² Der Vorstand der Deutschen Bundesbank, Hans Helmut Kotz, begrüßte die Übernahme ausdrücklich mit den Worten: „Die Nationalität der Anteilseigner ist weder für die Kunden noch für das Unternehmen von Bedeutung“³. Daß 4.200

¹ Ausführlich hierzu: Der Spiegel, Nr. 37 vom 11.09.06, „Weltkrieg um Wohlstand“, Seite 44 ff. von Garbor Steingart und das gleichnamige Buch, Piper-Verlag München.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15.11.2006 Seite 20

³ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14.06.2005 Seite 12

Arbeitsplätze in Deutschland gestrichen wurden und die Gewinne nicht mehr in Deutschland anfallen und versteuert werden, Kredit- und Investitionsentscheidungen künftig in Mailand getroffen werden, berührt ihn anscheinend nicht. Übrigens wäre beinahe auch die Deutsche Bank auf ähnliche Weise „über den Jordan gegangen“. Ihre Überführung in das Eigentum der US- Großbank Citigroup, die Ex-Kanzler Schröder im Frühjahr 2004 eingefädelt hatte, ist nur deshalb unterblieben, weil sie nicht mehr in die „politische Landschaft“ gepaßt hatte und den sozialdemokratischen Kanzler wahrscheinlich damals schon um Amt und „Krone“ gebracht hätte, was ihn im letzten Augenblick noch von seinem Vorhaben abgebracht haben dürfte.

Die Aufkäufe mittelständischer deutscher Unternehmen sind zum Tagesgeschäft geworden, an das man sich gewöhnt hat. Heute beteiligen sich sogar schon chinesische und indische Aufkäufer an dieser Hatz auf deutsches Produktivvermögen, die damit verbundenen weltweiten Marktzugänge und das technische Wissen aus der Entwicklung und der Produktion. Sie haben im vergangenen Jahr (2006) in Deutschland Unternehmungen im Wert von über 35 Mrd. Euro an sich gebracht. Was in Deutschland heute in großem Stile geschieht, nannte man nach dem 2. Weltkrieg Demontage. Heute kann man die Anlagen an Ort und Stelle belassen. Es genügt, wenn sie den Eigentümer wechseln. Realwirtschaftlich gesehen bleibt es jedoch eine Demontage, denn das Vermögen, das übertragen wird, kommt in fremde Hände und das Einkommen aus diesem Vermögen erzielen andere. Dieses Vermögen wurde aber von allen beteiligten Produktionsfaktoren, dazu gehört natürlich auch der Faktor Arbeit, in den vergangen Jahrzehnten erarbeitet und angespart. Sparen heißt, auf Konsum verzichten, wie der Ökonomie-Student bereits im Grundstudium lernt. Diese Ersparnisse sollen aufgeteilt werden und an der Aufteilung wollen einige Wenige viel Geld verdienen.

Seit geraumer Zeit mehren sich nun die Anzeichen, daß die globalkapitalistischen Eigentumsübertragungen in Deutschland einem neuen Kulminationspunkt zustreben. Es hat sich herumgesprochen, daß die Kapitalspekulanten in Deutschland nahezu uneingeschränkt freie Hand haben. Dank der Rahmenbedingungen, die von der deutschen Politik geschaffen werden. Ins Visier geraten sind jetzt wieder die ganz Großen: Diesmal sind es die Weltkonzerne Siemens, Daimler-Chrysler und Volkswagen. Zwangsläufig wird damit auch das Luft- und Raumfahrtunternehmen EADS in französisches Eigentum überführt werden, was von der französischen Industriepolitik wohl auch von Anfang an so geplant war. Auch wenn die deutschen Politiker (Wirtschaftsminister Glos) heute noch so sehr Zeter und Mordio schreien. Ihr hilfloses Abwehrmanöver, die Überführung zu verhindern, indem die Daimler-Chrysler Besitzanteile an EADS von einzelnen Bundesländern und internationalen Finanzanlegern aufgekauft wurden, wird nur eine Zwischenstation für die endgültige Überführung nach Frankreich sein. Als tüchtiger Handlanger bei den schmutzigen Geschäften der Eigentumsüberführungen wirkt übrigens die EU. Ihre Administration, die EU-Kommission, verordnet die neoliberalen Dogmen des Globalkapitals der deutschen Wirtschaft in Form von Gesetzesvorgaben, deren Vollstreckung der EU-Gerichtshof überwacht.

Es liegt in der Natur der Sache, daß der Erfolg der geplanten Raubzüge des Globalkapitals nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden kann. Die nachfolgende Analyse kann aber die Prozesse aufdecken, die eingeleitet worden sind, dieses Ziel zu erreichen. Weiterhin sei hervorgehoben, daß die ökonomischen Zerstörungskräfte des Globalkapitalismus, dessen Vorteilsnehmer frech behaupten, daß er uns alle materiell besserstellen würde, sich in einer Vielzahl von Erscheinungsformen zeigen: Kapital- und Arbeitsplatzexporte,

Unternehmungsaufkäufe in Deutschland mit anschließenden Betriebsschließungen und Arbeitsplatzstreichungen, Verlagerung ganzer Produktionsstätten in Niedriglohn- und Niedrigsteuerländer, Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen, Kürzung der Sozialleistungen und Renteneinkommen, Verlängerung der Lebensarbeitszeit trotz eines Millionenheeres von Arbeitslosen. Von allen soll hier nur das Phänomen „Aufkauf deutscher Unternehmen“ durch internationale Renditespekulanten betrachtet werden. Er wird von den neoliberalen Ideologen als notwendiger Kapitalimport sogar begrüßt. An den Beispielen Siemens, Daimler-Chrysler und EADS sowie Volkswagen soll aufgezeigt werden, wie der imperiale Kapitalismus bei seinem Geschäft vorgeht und welche Zerstörungen er anrichtet.

Siemens ist im Visier internationaler Finanzinvestoren

Seit November 2006 geistern Korruptionsvorwürfe gegen die Siemens-AG durch die Medien. Täglich berichten sie von neuen staatsanwaltlichen Vernehmungen. Einzelne Führungskräfte wurden sogar inhaftiert. Es wird gemunkelt, daß die Dinge der obersten Geschäftsführung nicht unbekannt sein konnten, doch die soll offensichtlich verschont werden. Für spätere große Aufgaben. Sie hätte ja die Übergabe abzusegnet, wenn die geplante Attacke gelingen sollte. Das können nur Personen, die bei Mitarbeitern und Volk in gutem Ansehen stehen.

Anfang Februar 2007 war bekannt, daß der Wert der „schwarzen Kassen“ zur Bezahlung von Korruptionsgeldern 426 Mio. betragen haben soll. Dann, pünktlich, einen Tag vor der Siemens-Hauptversammlung, verhängte die EU-Kommission unter Federführung der Wettbewerbskommissarin Neeli Kroes (Niederlande) eine drakonische Geldstrafe in Höhe von 423 Mio. Euro gegen die Siemens-AG wegen heimlicher Kartellabsprachen. Es ist die höchste Strafe, die je einem einzelnen Unternehmen von der EU-Kommission aufgebürdet wurde.

Korruptionsanklage und Kartellabsprachen bei Lichte besehen

Zeitgleich mit den Korruptionsvorwürfen gegen Siemens wurden gleichlautende Anklagen gegen alle deutschen Unternehmen erhoben, die an den Irak Saddam Husseins – vor dessen Sturz durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der USA – Produkte geliefert haben⁴. Sie stehen im Generalverdacht, diese Lieferungen durch Bestechungsgelder ermöglicht zu haben. Die Liste der beschuldigten deutschen Unternehmen ist mittlerweile auf 64 angewachsen. Ins Rollen gebracht wurden die Strafverfahren in Deutschland durch den früheren amerikanischen Notenbankchef Paul Volcker, der als hoher UN-Funktionär die von den US-Besatzern erbeuteten Regierungsakten des Irak im Oktober 2005 veröffentlicht und den deutschen Behörden übergeben hatte. Und die sind jetzt tätig geworden! So hat der blutige, erfolglose und völkerrechtswidrige Krieg der USA dann doch noch Erfolge gezeigt. Bei den „treuen Verbündeten“ und ihrer zum „Abschuß freigegebenen“ Wirtschaft. Das wird die deutschen Parteipolitiker mit Regierungsmacht, nicht abhalten, weitere Vasallendienste zu leisten und die neoliberalen Vorgaben in der deutsche Wirtschaft zu erfüllen.

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 06.01.2007 Seite 15

Auch die Kartellstrafe durch die EU-Wettbewerbskommission ist es wert, ein wenig näher ausgeleuchtet zu werden. Die Anklage lautet, Siemens habe wettbewerbswidrige Absprachen mit insgesamt 11 anderen Anbietern von gasisolierten Hochspannungsschaltanlagen getroffen. Die anderen 10 am Absprachekartell beteiligten Unternehmen sollen 332 Mio. Euro bezahlen, also nicht einmal die Hälfte der Gesamtstrafe von 750 Mio. Euro! Dem schwedisch-schweizerischen ABB-Konzern wurde die Geldstrafe in Höhe von 224 Mio. Euro komplett erlassen, er hatte die Kartellabsprachen durch Selbstanzeige im Jahr 2004 aufgedeckt. Interessant zu wissen ist, daß der Vorstandsvorsitzende von ABB bis vor kurzem ein gewisser Jürgen Dormann (CDU-Mitglied) war. Er hatte um die Jahrtausendwende die deutsche Höchst-AG. aufgelöst und sie in das französisch – deutsche Gemeinschaftsunternehmen Aventis SA überführt. Dort war er zunächst Vorstands- und danach Verwaltungsratsvorsitzender. Als der französische Sanofi-Konzern seine Finger nach der Aventis S.A. streckte, um die ehemalige Höchst-AG endgültig in französisches Eigentum zu überführen, war er federführendes Mitglied der Aventis-Verhandlungsdelegation, die diese Überführung absegnete. Bei Sanofi erhielt er dafür den Posten des Vizepräsidenten im Verwaltungsrat. Als Siemens im Sommer 2004 den französischen Energie-Anlagenbauer Alstom übernehmen wollte, bot sich Dormann als damaliger ABB-Chef als Juniorpartner für Alstom an, um die Übernahme zu verhindern, die dann aufgrund der Intervention der französischen Regierung sowieso verhindert wurde. Ergänzend angemerkt sei an dieser Stelle, daß Sanofi in Deutschland gerade wieder einmal von sich Reden macht, weil es die am ehemaligen Höchst-Standort Frankfurt notwendigen Investitionen⁵ nicht mehr vornehmen will, wodurch die in Deutschland noch verbliebenen 8.000 Arbeitsplätze in Forschung und Produktion unmittelbar bedroht sind.

Doch zurück zur Siemens-AG. Da werden heute einzelne Manager wegen der Führung „schwarzer Kassen“ zum Zwecke der Akquisition von Produktionsaufträgen angeklagt. Die haben sich aber allesamt nicht persönlich bereichert! Sie haben ihrer Firma Aufträge, Umsatz und Gewinn gebracht.⁶ Wer verteilt solche Draufgaben oder Werbegeschenke heutzutage nicht, wenn er ins Geschäft kommen möchte? Das tun sie alle, die Weltfirmen, vor allem die ganz großen, die im globalen Wettbewerb bestehen müssen. Deren Tun kommt nicht auf! Wo ist die Grenze zwischen erlaubtem Werbegeschenk und gesetzeswidriger Korruption? Welche Gesetze in welchen Ländern verbieten eigentlich was? Warum klagt man eigentlich nur die Siemens-Manager an? Warum zieht sich die Siemens-Geschäftsführung das Büßergewand an und weist nicht auf dieses offenkundig einseitige Selektionsverfahren hin? Wo bleibt die schützende Hand der Politik? Als der britische Rüstungsgüterproduzent BAE Systems in Verdacht geraten war, dem saudischen Königshaus einträgliche Vorteile als Gegenleistung für die Zuteilung eines lukrativen Auftrages verschafft zu haben, ließ Premier Blair das angelaufene Vermittlungsverfahren gegen BAE Systems per schlichter Anordnung einstellen.⁷

Industriespionage, auch gegen befreundete Nationen, gehört schon seit langem zum Repertoire der Geheimdienste unserer westlichen Partnerstaaten, insbesondere der USA.

5 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.01.2007 Seite 14

⁶ „Die Beschuldigten in der Korruptionsaffäre von Siemens haben Millionenbeträge offenbar nur verwendet, um Aufträge für das Unternehmen zu gewinnen. „Nach bisherigen Erkenntnissen gibt es keine Anhaltspunkte für die persönliche Bereicherung der Beschuldigten“, berichtete der Leitende Oberstaatsanwalt in München, Christian Schmidt-Sommerfeld“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.02.2007 Seite 13).

⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.02.2007 Seite 18.

Dort ist man bestens informiert und zutiefst verärgert, wenn ein deutsches Unternehmen einem Mitbewerber einen möglichen Auftrag wegschnappt. Das gilt es zu verhindern. Am besten, indem man den Konkurrenten ausschaltet. Dazu ist jedes Mittel recht. Noch besser, wenn man den Widersacher gleich selbst aufkauft. Doch solche Aufkäufe müssen vorbereitet werden. Vorteilhaft ist es, wenn dessen Börsenwert (Wert der Marktkapitalisierung) sinkt, wenn sich das Unternehmen entschlackt (auf das Kerngeschäft konzentriert) und wenn das Firmenmanagement den Aufkauf gut heißt. In diesem Sinne hat sich das Siemens-Management in den vergangenen Jahren redlich bemüht, die Voraussetzungen für ein „gutes Übernahmegelingen“ zu schaffen.

Die sonderbare Unternehmensstrategie des Siemens-Vorstandes

Trotz der Hiobsbotschaften sind die Siemens-Aktien darauf hin erheblich angestiegen. Oder muß man sagen, wegen dieser Vorkommnisse? Wer kauft denn Aktien von einem Unternehmen, das derart negative Schlagzeilen hat? Sind es vielleicht die Erfahrungswerte, daß solchen Unternehmen die Übernahme droht? Dann steigern die „hechelnden“ Aufkäufer die Kurse der Kaufobjekte. Wer frühzeitig auf diesen in Fahrt kommenden Zug aufspringt, profitiert am meisten.

Vor anderthalb Jahren berichteten die Medien, daß Hedgefonds den Münchner Konzern anpeilten⁸, weil es keinen Großaktionär gäbe und das Unternehmen wegen seiner vielen unrentablen Geschäftsbereiche unterbewertet sei, weshalb der Aufkauf und seine Ausschachtung nach bewährter Manier eine hohe Rendite einbringen würde. Klaus Kleinfeld, der neue Vorstandsvorsitzende, der seine Leistung angeblich im US-Geschäft bewiesen hat, besorgte die Ausschachtung gleich selbst. Seine erste Großtat bestand darin, die Handy-Sparte an den asiatischen Hasardeur BenQ zu verschenken, einschließlich des gesamten Produktivvermögens, der Patente und dem angesammelten technischen Wissen in der Produktion⁹. Den auf solche Weise beschenkten Asiaten hat man noch 450 Mio. Euro draufgelegt und ihnen die deutschen Arbeitsplätze zu treuen Händen gleich mit anvertraut! Ein Jahr danach war alles endgültig verloren: Produktivvermögen, Patentrechte, Arbeitsplätze und das Draufgeld! Die deutsche Politik, der neoliberalen Ideologie verpflichtet, hat dem Geschehen damals tatenlos zugeschaut und tut es jetzt wieder. Der Beitrag des bayerischen Wirtschaftsministers Erwin Huber (designierter CSU- Vorsitzender) bestand darin, vor laufender Kamera die Fernsehzuschauer zu betteln, sie mögen doch BenQ-Handys kaufen, um das Unglück abzuwenden. Als die Handy-Sparte noch Siemens gehörte und die Gewinne noch nach Deutschland geflossen wären, hat er das nicht getan. Immer, wenn die Not am größten ist, tun die Politiker so als wollten und könnten sie etwas ändern. Doch sie wollen nicht und deshalb können sie auch nicht.

In einem zweiten Schritt, im Juni 2006, verfügte Klaus Kleinfeld die Auflösung der Siemens-Com-Sparte (Infrastrukturgeschäft für Fest- und Mobilfunknetze), sie wurde in ein Gemeinschaftsunternehmen mit Nokia ausgegliedert, in dem die Finnen das Sagen haben. Auch hier stehen jetzt 6000 bis 9000 Arbeitsplätze zur Disposition. Obwohl die Deutschen rund zwei Drittel der Beschäftigten und des Umsatzes einbringen, reichte es am Ende nur für eine 50 Prozent-Beteiligung an dem Gemeinschaftsunternehmen, berich-

⁸ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.08.2005 Seite 12

⁹ Der jetzige Aufsichtsratsvorsitzende und vormalige Vorstandsvorsitzende Heinrich von Pierer hatte die Leitung der Handy-Sparte im Herbst 2003 kommissarisch selbst übernommen und wenig später an Kleinfeld weitergegeben.

tet der Spiegel.¹⁰ Die von der Com-Sparte erwirtschaftete Umsatzrendite betrug im Jahr 2005 5,1%¹¹. Legt man die im Jahr 2005 erwirtschaftete durchschnittliche Eigenkapitalrendite aller Sparten von 8,32%¹² zugrunde so errechnet sich für die Com-Sparte eine Eigenkapitalrentabilität von über 14%¹³. Angesichts dieser Rendite muß sich eigentlich jeder vernünftige Mensch fragen, ob man eine Sparte verkaufen darf, die einen derartigen Gewinn erwirtschaftet?

Bei der Handy-Sparte hätte man den Verkauf vielleicht noch nachvollziehen können. Die hatte, wie gesagt, Verluste gebracht. Zwar waren diese auf das Verschulden der Geschäftsführung zurückzuführen, weshalb diese auch aufgefordert gewesen wäre die selbst gemachten Fehler auch selbst wieder gut zu machen. Doch ein solches Denken entspricht nicht der modernen kapitalistischen Wertegemeinschaft. Die ist amerikanisch und die kennt nur eine Maxime: Wenn ein Geschäft keinen Gewinn bringt, muß man es abstoßen, ohne Rücksicht auf die Folgen für die Betroffenen, denen man sogar noch eine moralische Mitschuld für das Desaster anhängt, weil deren Löhne angeblich zu hoch seien. Gemäß dieser Denkweise hatte Klaus Kleinfeld für die einzelnen Sparten Umsatzrenditen vorgegeben, die zu erreichen sind, um ihren Verkauf noch einmal zu verhindern: Die Ist- und die Soll-Zahlen waren im Jahr 2006:

| Bereich | US-Rendite effektiv (in %) | US-Rendite geplant (in%) |
|---------------------------|----------------------------|--------------------------|
| Medizintechnik | 12,5 | 10-13 |
| Automation | 11,9 | 11-13 |
| Osram | 10,9 | 10-11 |
| Energieerzeugung | 9,4 | 10-13 |
| VDO Automotive | 6,7 | 5-6 |
| Energieverteilung | 5,6 | 5-7 |
| Com (ausgegliedert) | 5,1 | 8-11 |
| Gebäudetechnik | 4,5 | 7-9 |
| Industriedienstleistungen | 3,1 | 4-6 |
| Verkehrstechnik | 2 | 5-7 |
| Business Services | -15 | 5-6 |

Wie Kleinfeld diese sehr willkürlichen Renditevorgaben rechtfertigt, ist nicht bekannt. Doch er hält sich nicht einmal an die eigenen Vorgaben. Denn jetzt anlässlich der Hauptversammlung und gleichzeitig mit den Hiobsbotschaften der EU-Strafe und den Korruptionsvorwürfen gab er bekannt, daß er die ausgezeichnet florierende VDO-Sparte¹⁴ verhökern will. Das sollte auch dem gutwilligsten Beobachter zu denken geben. Bei einer Umsatzrendite von 6,68% und einer durchschnittlichen Kapitalumschlagshäufigkeit von 2,98 errechnet sich für die VDO-Sparte eine Eigenkapitalrendite von sage und schreibe

¹⁰ Der Spiegel, Nr. 26, vom 26.06. 2006, Seite 44.

¹¹ Vgl. Spiegel a.a. O.

¹² Aus Siemens Geschäftsbericht, Januar 2007.

¹³ Im Siemens Geschäftsbericht 2006 ist die Com-Sparte nicht mehr enthalten. Die Umsatzrendite in Höhe von 5,1% (aus Spiegel a.a.O.) wurde ins Verhältnis zum Eigenkapital in Höhe von 27.022 gesetzt (Eigenkapital Jahresende 2005), als die Com-Sparte noch zu Siemens gehörte.

¹⁴ Am 25.01.07 meldete die FAZ: „Der Münchner Elektronikkonzern Siemens plant nach Informationen aus der Branche den Verkauf oder Börsengang seiner Automobilzuliefersparte Siemens VDO“.

19,9%¹⁵. Sie ist damit nach den Sparten Automation/Antriebe (29,71%), der Medizintechnik (20,05%) und Energieerzeugung (14,78%) der viertgrößte Gewinnträger des Unternehmens mit einem Gewinnbeitrag von 12,64% des Gesamtgewinns. Trotzdem – oder muß man sagen deswegen – wird sie von Kleinfeld verkauft?

Welche Motive hat dieser Vorstandsvorsitzende wirklich? Wem dient er? Den internationalen Kapitaleigentümern¹⁶, den Angestellten und Arbeitern, der Volkswirtschaft oder dem Volk, aus dem er kommt und für dessen Zukunft er Mitverantwortung trägt? Ist er sich dessen bewußt oder hat er an deutschen Schulen und Universitäten und in seinen USA-Lehrjahren andere Werte – den American Way of Life – verinnerlicht?

Doch der Siemens Konzern verkauft nicht nur Unternehmensteile, er kauft gleichzeitig weltweit Unternehmungen auf. So wie es sich für einen Global Player gehört. Er investiert die Gewinne im Ausland und schafft dort Arbeitsplätze, wenn die Rendite dort höher ist. So richtig eingestiegen in das Global-Player Geschäft ist Siemens seit 1992, als CSU Mitglied Heinrich von Pierer die Geschäftsführung übernommen hatte. Unter Kanzlerin Merkel ist er heute Vorsitzender eines sie persönlich beratenden „Rates für Innovation und Wachstum“. Dem Kanzler Schröder diente er als persönlicher Berater und begleitete ihn auf dessen Kanzlerreisen um die Welt. Vor der UN-Vollversammlung durfte er als erster deutscher Manager eine Rede halten. Das Manager Magazin nahm ihn im Jahr 2004 in die „Hall of Fame“ auf. In seiner Laudatio hob Peter Sutherland, Chairman der US-Investmentbank Goldman Sachs, hervor, daß seine große Leistung in der Internationalisierung des Konzerns, besonders im asiatisch-pazifischen Raum bestand. Doch was hat er für Deutschland, seine Arbeitsplätze und seine wirtschaftliche Zukunft getan? In Deutschland war die Rendite zu niedrig im Vergleich zu den Niedriglohn- und Niedrigsteuerländern Asiens und Osteuropas. Also mußte man, so wird argumentiert, um in der globalisierten Welt überleben zu können, ins Ausland ausweichen. Die Frage, warum die Globalisierung so positiv ist, wenn sie solche Zwänge auslöst, stellt keiner. Schauen wir uns an, was das Siemens – Management in den letzten Jahren so eingekauft hat:

Eckpfeiler ausländischer Investitionen und Übernahmeobjekte waren: Der österreichische Anlagenbauer VA Technologie AG (1 Mrd. Euro), das US-Medizintechnik-Unternehmen CTI (1 Mrd. Euro), die Bayer-Diagnostics Sparte (4,2 Mrd. Euro), die Diagnostic Products Corporation (USA für 1,86 Milliarden Dollar). Den letzten bekannt gewordenen Aufkauf in USA, den Software-Hersteller UGS¹⁷, läßt sich Siemens 3,5 Mrd. Dollar kosten. Beleuchten wir den Wert dieses Geschäftes unter Renditegesichtspunkten. Bei einem Jahresumsatz von 1,2 Mrd. Dollar erzielt das Unternehmen ein Bruttoergebnis (Ebitda) von 241 Mio. Dollar, was einer Bruttoumsatzrendite von 20,8% entspricht. Das mag viel erscheinen, doch im Vergleich zur Bruttoumsatzrendite aller Siemenssparten, inklusive der Verlustsparten, ist das wenig. Denn diese betrug im Jahr 2005 28,23% (vgl. Geschäftsbericht 2006). Sogar unter rein privatwirtschaftlichen (betriebswirtschaftlichen) Gesichtspunkten ist die Vorteilhaftigkeit dieses Austausches der Geschäftsfelder zu bezweifeln. Noch viel größer wird der Zweifel, wenn man die volkswirtschaftlichen Auswirkungen (Arbeitsplätze und Zukunftstechnologien) berücksichtigt.

¹⁵ Die Umsatzrendite von 6,68% ist dem Geschäftsbericht entnommen. Die durchschnittliche Kapitalumschlagshäufigkeit errechnet sich aus dem Umsatz in Höhe von 88.604 Mio. Euro und dem Eigenkapital von 29.306 Mio. Euro laut Geschäftsbericht.

¹⁶ Siemens gehörte schon im Jahr 2005 mit 56% ausländischen Eigentümern (FAZ, 25.11.2005). Ihr Anteil dürfte sich in der Zwischenzeit noch erhöht haben.

¹⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26.01.2007 Seite 15

Die Strategie Klaus Kleinfelds soll die Vorherrschaft des internationalen Kapitals festigen

Fassen wir die Geschäftspolitik von Siemens unter der Führung von Klaus Kleinfeld zusammen, so konzentriert sich das Unternehmen bei seinen Zu- und Verkäufen von Betriebssparten angeblich auf Bereiche mit hoher Rendite.

Doch im Falle der Auslagerung der Com-Sparte läßt sich das anzweifeln. Im Falle der VDO-Sparte ist es sogar nachweislich nicht der Fall.

Siemens verliert mit seiner neuen, angeblich an die Anforderungen der Globalisierung angepaßten Unternehmensstrategie die Angebotsbreite und damit die ausgleichende Sicherheit einer diversifizierten Produktpalette. Das war die Strategie, mit der Siemens über 160 Jahr lang Erfolg hatte. Damit können negative Ertrags- und Gewinnentwicklungen der einen Sparte durch positive Entwicklungen der anderen Sparte ausgeglichen werden.

Der zweite Strategiefehler besteht darin, daß man sich nicht bemüht, negative Entwicklungen, die man unter Umständen selbst verschuldet hat (Beispiel Handy-Sparte), wieder in den Griff zu bekommen. Man wirft die Flinte ins Korn und macht sich vom Feld! Hauptsache die Rendite stimmt. Die arbeitslos gewordenen Mitarbeiter der berühmten Siemens-Familie, die in den Jahren zuvor das betriebliche Vermögen aufgebaut und für gute Gewinne gesorgt haben, überläßt man ungerührt ihrem Schicksal im anwachsenden Heer globalkapitalistischer Arbeitslosigkeit. Nicht ihnen fühlt man sich verpflichtet, sondern dem Kapital und der Rendite.

Mit der angeblichen Strategie der Konzentration auf das Kerngeschäft – im Falle Siemens sind das vorgeblich die Sparten mit hohen Renditen – die man aber in der Realität gar nicht einhält, wie der Fall VDO beweist, erleichtert man den internationalen Finanzanlagespekulanten die drohende feindliche Übernahme. Siemens macht sich selber schlank und braucht später nicht entschlackt zu werden.

Wenn eines Tages, aufgrund dieser einseitigen, betriebswirtschaftlich falschen und volkswirtschaftlich verantwortungslosen Strategie die internationalen Aufkäufer an die Tür klopfen sollten, z.B. General Electric (USA) oder eine abgesprochene Interessengemeinschaft von Finanzinvestoren, dann wird man ihnen bereitwillig das Unternehmen aushändigen, wenn nur der Kaufpreis für die bisherigen Kapitaleigner und das eigene Salär für die Manager stimmen. Und daß beide stimmen, dafür sorgt das Heer der internationalen Spekulanten selbst. US-Dollar, US-Aktien und US-Immobilien sind seit Jahren überbewertet. Die Spekulanten schaffen sich ihre Werte selbst durch ihre Nachfrage. Die Anlagenwerte (Börsenwerte) haben sich von den Renditen, die die realen Vermögenswerte erwirtschaften, völlig abgekoppelt. Mit solchen Werten läßt sich dann leicht und billig in Deutschland einkaufen. Damit die Manager des Kaufobjektes sich nicht querstellen, verspricht man ihnen höhere Gehälter und Beteiligungen am Shareholder Value. Das ist dann keine Korruption, für die man die Drahtzieher rechtlich belangen könnte. Das ist dann legal und legitim. Schöner könnte der Globalkapitalismus gar nicht funktionieren. Auch die akademischen Vertreter aus den Rechtswissenschaften haben sich zum Handlanger des Kapitals degradieren lassen. Korruption oder Bestechung ist eben keine Frage der vorgespielten Moral, sondern nur eine Frage der Höhe des Entgeltes.

Es hat Zeiten gegeben, in denen es anders war!

© www.hpatzak.de 21.02.2007, wiederveröffentlicht: 18.11.2007